



## Regierungspräsident - 34117 Kassel - Steinweg 6

### Offener Brief an Regierungspräsident Hermann-Josef Klüber

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident,

demnächst fällt die Entscheidung über den Antrag der Firma K + S AG, bis 2027 große Mengen Salzabwässer in die Werra und damit auch in die Weser einzuleiten und zwar in größerer Menge als im Bewirtschaftungsplan für die Weser vorgesehen. Diese Entscheidung wird vom RP Kassel getroffen. Von K + S wird beantragt, die Werte z. B. für Chlorid um über 25 % zu erhöhen.

Die Weser- und Werraanrainerländer protestieren ausdrücklich gegen dieses Vorhaben, ebenso die Kommunen im Weserdurchbruchstal. Die von den Ländern der Flussgebietsgemeinschaft Weser im März festgelegten neuen Grenzwerte werden mit der Planung erheblich überschritten. Diese Festlegung erfolgte, um die Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie zu erfüllen. Die Grenzwerte wurden gegenüber der EU für verbindlich erklärt. Ziel ist es, die Weser nach vielen Jahren der Verunreinigung wieder in einen guten ökologischen Zustand zu versetzen. Der Konzern K + S hat in seinem Papier zur Unternehmensstrategie (Shaping2030) selbst als Nachhaltigkeitsziel für den Bereich Umwelt/Wasser die Einstellung der Versenkung von salzhaltigen Abwässern aus der Kaliproduktion in Deutschland bis Ende 2021 aufgeführt. Außerdem solle es keinen Antrag auf Erneuerung geben.

Nun sollen bereits ab Januar 2021 die Salzmengen erheblich erhöht werden. Für dieses Verhalten haben die Weserkommunen ebenso wie die Bürgerinnen und Bürger entlang der Weser kein Verständnis, zumal sich jeder kleine Betrieb sowie Privatleute an die geltenden Regeln und Vereinbarungen halten müssen. Die Einstapelung von Produktionsabfällen ist technisch möglich und muss von K + S mit Nachdruck verfolgt werden, damit in Zukunft die ordnungsgemäße Entsorgung der salzhaltigen Abwässer gewährleistet ist. Die Produktion von Kali durch K + S darf nicht länger zu Lasten von Fischerei, Tourismus, Naturschutz, Wasserversorgung, Gesundheit und Schifffahrt erfolgen. Neben den o.g. Gefährdungen durch den Salzeintrag kann sich dieser in allen Kommunen entlang des Flusslaufes, insbesondere im Hochwasserfall z. B. durch immer häufiger werdende Starkregen, links- und rechtsseitig des Flussbettes in den Überschwemmungsgebieten auswirken. Auch Niedrigwasser – wie es in den letzten trocknen Sommern häufig vorgekommen ist – wirkt sich durch die dann höhere Salzkonzentration im Flusswasser sehr negativ aus. Dies auch deshalb, weil es durch den Klimawandel in den nächsten Jahren durchaus möglich ist, dass einzelne Kommunen auf eine Trinkwasserversorgung mit Flusswasser zurückgreifen müssen.

Die SPD-Ortsvereine der südlichen Oberweser bitten Sie dringend, den Antrag von K + S abzulehnen und das Unternehmen aufzufordern, zügig die Abwasserentsorgung durch Einstapelung voranzutreiben, damit eventuelle Auswirkungen auf die Beschäftigten des Unternehmens vermieden werden können. Finanzielle Erwägungen des Unternehmens K + S dürfen gegenüber dem Schutz von Mensch, Natur und Erhaltung kleineren Wirtschaftsunternehmen nicht vorrangig behandelt werden.

Mit freundlichen Grüßen

<b>SPD-Ortsvereine:</b> Hann. Münden	Reinhardshagen	Wesertal	Bad Karlshafen/Helmarshausen
gez.	gez.	gez.	gez.
Gudrun Surup	Astrid Zierenberg	Cornelius Turrey	Karl-Erwin Franz
		Christian Dietrich	
		Siegmond Freybott	